

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgepaaltene Preiszettel kostet 15 Pfennig, die Restamezelle 30 Pfennig.

Amts-Bezirks-Anzeiger

für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehnitz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Zuschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Zuschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Weniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

Nr. 145. Donnerstag, den 9. Dezember 1909 8. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das „Illustrierte Familienblatt“.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Kreisaußschuß des Kreises Nieder-Varnim hat den Neubau des Direktors der Gas- und Wasserwerke Birkenwerder, Herrn Alfred Hengstenberg, hier selbst, Bahnhofstr.-Mee 33 und den Neubau des Herrn Lehrers Wilhelm Kühn, Hohen-Neuendorf, Subertusstraße 6, prämiert und den Besitzern je ein Diplom erteilt.

Birkenwerder, den 2. Dezember 1909.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Nachdem die Gemeindevertretung die Einrichtung einer besonderen Gemeindefasse beschlossen hat, ist die Führung derselben dem Steuererheber Sch u l z übertragen. Die Geschäftsräume der Gemeinde- und Steuerkasse befinden sich Hauptstr. 45. Die Kassenstunden werden hiermit bis auf weiteres von 9 bis 12 Uhr vormittags festgesetzt.

Birkenwerder, den 7. Dezember 1909.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Lehnitz.

Bekanntmachung.

Zugelaufen ist am 5. d. Mts. bei dem Eigentümer Herrn F. Weder hier selbst, Florastraße 17, ein großer russischer Steppenhund, weiß und gelb gefleckt. Der rechtmäßige Eigentümer kann denselben gegen Erstattung der Futterkosten in Empfang nehmen.

Lehnitz, den 6. Dezember 1909.

Der Gutsbesitzer. Krüeberg.

Deutsches Reich.

Die Verringerung des Zolltarifgesetzes und die Hinaushebung der Witwen- und Waiserversicherung. Nach § 15 des Zolltarifgesetzes ist der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallende Nettozollertrag aus der Einfuhr von Roggen, Weizen, Spels, Rindvieh, Schafen usw., insoweit er den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag derselben Waren übersteigt, zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waiserversicherung zu verwenden. Seit dem Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so tritt von da ab die Fünfen der angestammten Mehrrträge selbst den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten zum Zwecke der Witwen- und Waiserversicherung zu überweisen. Eine Reichsversicherungsordnung, die Vorschläge für die gesetzliche Regelung der Witwen- und Waiserversicherung enthält, ist dem Bundesrat bereits unter dem 31. März dieses Jahres im Entwurf zugegangen. Es ist leider nicht möglich gewesen, die vor der Vorlage an den Reichstag noch erforderlichen Arbeiten zu einer Zeit zu Ende zu führen, in der noch mit der Verabschiedung des Entwurfes bis zum 1. Januar 1910 gerechnet werden konnte, zumal jene Vorlage einen organischen Bestandteil der Reichsversicherungsordnung bilden, und im Interesse der Einheitlichkeit der Versicherungsgesetzgebungsreform nur im Rahmen des Gesamtgesetzes verabschiedet werden sollen. Die Regierung hat daher den Vorschlag gemacht, um eine eingehende sachliche Durchberatung zu ermöglichen, den Termin für das Inkrafttreten der Witwen- und Waiserversicherung hinauszuschieben. Die Fünfen des bis jetzt angestammten Aufkommens aus den Nettozollerträgen, das rund 45 Millionen M. beträgt, reichen nicht aus, um eine Versorgung der Witwen und Waisen zu gewähren, und ebenso ist nicht zu übersehen, ob und wann von neuem Mehrrträge eingebracht werden. Aus diesem Grunde hat daher die Regierung vorgeschlagen, den Termin für das Inkrafttreten der Witwen- und Waiserversicherung durch eine entsprechende Verringerung des Zolltarifgesetzes bis zum 1. April 1911 hinauszuschieben.

Ein leichter Augenblick. Die liberalen Blätter machen unserer Reichsregierung daraus einen Vorwurf, daß sie bei Ablehnung der Erbschaftsteuer nicht sofort den Reichstag aufgelöst und so gewissermaßen die Entscheidung in die Hände des Volkes gelegt hat. In England spielt sich jetzt etwas Ähnliches ab. Das Oberhaus ist dort der Meinung, daß wenn neue Ideen zu neuen Bezugsquellen für die Steuern führen, diese Ideen dem Volke zur Billigung vorgelegt werden müssen. Man sollte nun meinen, daß unsere Liberalen dieses als selbstverständlich ansehen. Aber weit gefehlt! Im „Berliner Tageblatt“ erschien vor einigen Tagen ein Artikel, der die Notwendigkeit eines Appells an das Volk leugnet. Es heißt darin wörtlich: „Die von Volk erwählten Abgeordneten sind unter allen Umständen befugt, kraft ihres Mandates, alle Mittel heranzuziehen, die ihnen für die Aufbringung der Steuern geeignet erscheinen. Jedes selbständige parlamentarische Leben würde aufhören, wenn jede neue Steueridee erst der Entscheidung des Volkes unterworfen werden müßte. Es würde ein plebisitäres Regime das demokratische Regime, wie es bisher in England geherrscht hat, verdrängen. Die Übertragung der Vollmachten an die Vertreter des Volkes würde zurückgenommen, und die englische Verfassung, wie sie seit beinahe einem Jahrhunderte besteht, fiel in sich zusammen.“ — Genau so, wie es hier verlangt wird, hat nun unsere Regierung bei dem Streite um die Reichsfinanzreform gehandelt. Aber trotzdem wird auf sie weitergeschimpft wegen ihrer angeblichen Untertänigkeit. Es ist merkwürdig, daß der Liberalismus immer nur dann lichte Momente hat, wenn es sich um ausländische Verhältnisse handelt, die er nicht durch die Parteilinie ansieht.

Städtische Arbeiter auf dem Lande. Ueber Versuche zur Verwendung städtischer Arbeiter in der Landwirtschaft gibt der Geschäftsbericht des Arbeitsamtes der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg sehr interessante Aufschlüsse, die für die Organisation der Arbeitsvermittlung, wie sie der Verband deutscher Arbeitsnachweise in Angriff genommen hat, wohl beachtenswert sind. Der unerwartet eingetretene Niedergang der Industrie hatte eine zeitweilige Rückwanderung von Arbeitern aus der Großstadt nach dem Lande verursacht. Soweit diese Rückwanderer selber vom Lande stammten und sich der ländlichen Lebensweise noch nicht zu sehr entfremdet hatten, vollzog sich ihre Vermittlung ohne weitere Schwierigkeiten; anders stand es mit denjenigen städtischen Arbeitern, die noch nie auf dem Lande tätig gewesen waren und nur aus Not eine vorübergehende Unterkunft in der Landwirtschaft suchten. Das Arbeitsamt hat ersichtlich den Versuch gemacht, sich wenigstens dieses Versuch selber als völlig misslungen bezeichnen, der an der Minderwertigkeit dieser Elemente und ihrer absoluten Unbrauchbarkeit für landwirtschaftliche Arbeiten gescheitert ist. Besonders lebhaftes Klagen führt der Bericht auch wieder über das Unwesen der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die unter Zuhilfenahme sozialistischer Schlagworte die Leute zur Anzweiflung und zu unangemessenen Ansprüchen systematisch erziehen und ihnen dann als natürliche Lösung den Kontraktbruch empfehlen, um auf diese Weise auf neue an den Vermittlergebühren verdienen zu können. Zur Bekämpfung dieses Geschäftsverfalls läßt sich das Arbeitsamt die unmittelbare Überwachung der Geschäftsführung solcher Vermittler angelegen sein und bringt Überretungen der gesetzlichen Vorschriften nach Möglichkeit zur Anzeige, jedoch zumeist ohne den erhofften Erfolg.

Sieben Interpellationen gegen den Hansabund. Eine politische Debatte wird sich am nächsten Freitag im obdenburgischen Landtage entspinnen. Denn der Landesoberste des Bundes der Landwirte, Abgeordneter Müller (Nußhorn), hat sieben Interpellationen eingebracht, die sich gegen den Hansa-Bund richten. Sie lauten der Hauptsache nach: Mit dem Ministerium bekannt:

1. daß der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Gehlmer Kommerzienrat Schulze, in Anwesenheit des Regierungsdirektors der Kammer aufgefordert hat, einem Verein mit extrem politischen Tendenzen (Hansa-Bund) korporativ beizutreten, daß die Kammer dem zustimme, und der Regierungsdirektor keine Bedenken geltend mache?
2. daß die Handelskammer, gez. „A. Schulze“, einen öffentlichen Aufruf zum Beitritt in den Hansa-Bund erlassen hat?
3. daß Herr Sch. als Vorsitzender der Handelskammer einen Aufruf unterzeichnet hat, welcher sich gegen eine bestimmte politische Richtung im Lande in hervorragender bestimmter Weise wendet (Bund der Landwirte) und für die liberale bzw. freisinnige Parteipolitik eintritt?

4. daß Herr Sch. als Vorsitzender der Handelskammer einen Aufruf unterzeichnet hat, der zur Gründung einer Ortsgruppe des Hansa-Bundes einladet?

5. welche finanziellen Mittel bezüglich des Punktes 1 und 2 seitens der Handelskammer aufgewendet werden bzw. aufgewendet sind.

6. Ist das Staatsministerium als Aufsichtsbehörde mit der politischen Betätigung der Handelskammer und der des Herrn Sch. in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einverstanden?

7. Welche Maßregeln gedenkt das Ministerium zu treffen, um in Zukunft eine derartige außergewöhnliche Betätigung einer Kammer und deren Vorsitzenden zu verhindern?

Ausland.

Lenkballon oder Flugmaschine?

Auch der „Temp“ beschäftigt sich mit der Frage der militärischen Verwendung der Lenkballons und der Flugmaschinen und berichtet unter anderem, nach den Erfahrungen, die man bei den letzten französischen Manövern und auch bei späteren Versuchen gemacht habe, könne man behaupten, daß der militärische Lenkballon dem Oberbefehlshaber keineswegs diejenigen Dienste leiste, die man von ihm erwartete. Der Lenkballon müsse, um den Geschossen der Infanterie und der Artillerie zu entgegen, sich in einer Höhe von 1500 Meter bewegen; dann aber sei er außerhande, die Stellung und Bewegungen des Gegners zu erkunden. Ueberdies sei dem Lenkballon ein neuer Feind erstanden, der Aeroplane, welcher schneller, höher und leichter zu handhaben sei, Sprengstoffe mit sich führe und mit diesen den Ballon in einer Sekunde kampfunfähig machen könne. Der Kriegsminister habe die Absicht, ein Versuchslaboratorium in Marjelle, eine Bauwerkstätte in der Nähe von Paris und eine Aviatikerflugschule auf dem Flugplatz bei Bourdeau zu errichten. Bezüglich der Typen der Militär-aeroplane sei noch keine Entscheidung getroffen. Vorläufig habe der Kriegsminister mehrere Ein- und Zweidecker bestellt.

Aus den Parlamenten.

Reichstags-Sitzung vom 6. Dezember 1909. Rüstungs-Nachricht, nichts als Rüstungs-Nachricht, das war der Eindruck, den man gewinnen mußte, wenn man der Fortsetzung der Verhandlungen über die

Vorkommnisse auf der Kieler Werft

am Dienstag im Reichstage folgte. Das Haus, das gestern schon wenig Interesse für die ganze Debatte zeigte, war heute scheinbar noch weniger bei der Sache und ließ die endlosen Reden, die nichts Neues brachten, mit langweiliger Geduld über sich ergehen. Auch die Tribünen wiesen große Lücken auf, nur Herr v. Müller, der Chef des Marinekabinetts, brachte auch heute wieder wader auf seinem Platze in der Halle aus. Herr Lettman in sprach gegen den „Mischhorst“-Geist, Herr Werner gegen das Submissionswesen, während Herr Straube die gestrigen Ausführungen seines Kollegen Leonhart noch einmal untertrieb. Er registrierte einfach alles das, was ihm von Marineangehörigen zugetragen worden ist, so daß Herr v. Tirpitz ihn mit Recht auffordern konnte, sich nicht in Allgemeinheiten zu ergeben, sondern ihm Tatsachen einzuteilen, damit er mit energischer Faust zuschlagen könnte. Später warnte er noch einmal, nicht aus Vorkommnissen beim Handel mit Altmaterial auf der Kieler Werft Schlüsse auf die anderen Betriebe zu ziehen. Herr Severing von den Genossen glaubte einen Vorwurf daraus herleiten zu können, daß einige sozialistische Agitatoren aus der Werft entlassen seien, mußte sich aber lassen, daß sich die Regierung darin nicht beirren lassen werde. Sie werde weiter so verfahren und keine sozialistische Agitation in Staatsbetrieben dulden. Merkwürdigerweise stellte sich in diesem Punkte auch Herr Erzberger auf die Seite des Genossen. Es sprechen dann noch die Abg. Legien, Straube, Fejter — und auch Herr v. Tirpitz nahm noch einmal das Wort zu einer Entgegnung. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Camp und Leonhart wird der Gegenstand verlassen.

Debatte wird dann in dritter Lesung die Verlängerung des Handelsprotektors mit England und die Heraushebung des Eintrittspunktes der Reiktenderverordnungen angenommen. Das Haus stürzt sich dann in die Weiterberatung des Handelsvertrages mit Portugal, zu dem als erster Abg. Wellenborn vom Zentrum und der freisinnige Gothein das Wort ergreifen, die sich gegen den Vertrag aussprechen.